

QUARTALSBERICHT

Projektland: Israel/Palästina

Quartal/Jahr: III/2011

SCHLAGZEILEN

1. Sozialpolitische Proteste entflammen und verblassen in Israel
2. Nach Anschlägen in Israel nehmen Beziehungen zu Ägypten Schaden
3. Palästinensischer Antrag auf Vollmitgliedschaft vorerst ohne Ergebnis

1. Sozialpolitische Proteste entflammen und verblassen in Israel

Die weit verbreitete Unzufriedenheit über hohe Lebenshaltungskosten in Israel bahnt sich in diesem Sommer den Weg in die Öffentlichkeit. Demonstrationen in den Straßen Tel Avivs erwirken zwar die Einsetzung einer Expertenkommission, die direkt an Premierminister Netanyahu berichtet. Eine parlamentarische Entscheidung über die Empfehlungen steht jedoch noch bevor, da Netanyahus ultra-rechten Koalitionspartner eine Debatte in der Knesset zunächst vereiteln.

Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten werden bereits im Juni 2011 erhoben. Ein Boykott gegen den Konsum von Frischkäse, dessen Preis eine kleine Zahl von Monopolanbietern bestimmen, findet landesweit Zuspruch. Nach diesem Vorspiel entflammt im Hochsommer plötzlich ein sozialpolitischer Protest gegen die Höhe der Mietpreise in israelischen Metropolen. Die Forderungen der Demonstranten, die über Wochen auf dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv und in vielen anderen israelischen Städten campieren, ähneln im Format der Demokratiebewegung in Ägypten auf Kairos Platz der Befreiung. Auch in Tel Aviv und Jerusalem geht vornehmlich die gebildete Mittelschicht auf die Straße und führt die Proteste an.

Schnell erweitert sich die Kritik der Demonstranten und stellt eine mutmaßlich mangelnde wohlfahrtsökonomische Ausrichtung der israelischen Gesellschaft in Bezug zu staatlichen Fehlallokationen des öffentlichen Haushalts. Aus dem Happening-Charakter der lautstarken Zeltstadt entwickelt sich ein ernsthafter Dialog, der die

massiv subventionierte Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten genauso in Frage stellt wie die mangelhaften Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Weiterhin kritisieren die Demonstranten die Höhe der Kosten für den Sicherheitsapparat sowie die Sonderstellung von ultra-orthodoxen Juden, die sowohl von Dienstpflichten ausgenommen sind, zuzüglich jedoch überproportional staatliche Transferleistungen erhalten. Die Klage der israelischen Mittelschicht, die größte gesellschaftliche Last zu tragen, beschreibt Dan Schüftan von der Haifa Universität mit der Aussage: „Ein Drittel der israelischen Gesellschaft forscht und treibt die Wirtschaft voran, ein Drittel dient in der Armee und der Reserve, und ein Drittel zahlt die Steuern. Das Problem dabei ist nur: es ist dasselbe Drittel“ (Jüdische Allgemeine vom 11.08.2011).

Auf Seiten der Demonstranten und der Regierung werden schließlich Dialogpartner benannt. Aus der Demonstrationbewegung entwickelt sich ein Netzwerk, dem die Facebook-Initiatorin der Rothschild-Zeltstadt Daphni Leef und führende Studentenorganisationen angehören. Beraten werden sie von liberalen Nichtregierungsorganisationen und akademischen Zirkeln. Die Forderung nach „Sozialer Gerechtigkeit“ wird Leitspruch der Protestbewegung. Die Regierung weicht dagegen einer direkten Auseinandersetzung mit den Demonstranten aus und setzt eine Kommission unter Leitung des Ökonomie-Professors Manuel Trajtenberg von der Tel Aviv Universität ein (Trajtenberg-Committee). Ministerpräsident Netanyahu reagiert selbst nach dem „Marsch der Millionen“ am 3. September 2011, der immerhin eine halbe Millionen der rund 7,8 Millionen Einwohner Israels auf die Straße führt, kaum auf den öffentlichen Unmut gegen seine Politik.

Während Anschläge im Süden des Landes und die außenpolitische Krisen mit der Türkei und Ägypten die öffentliche Präsenz der Demonstrationbewegung merklich schmälern, scheinen einige Forderungen in die Empfehlungen des Trajtenberg-Committees eingeflossen zu sein. Zu den Empfehlungen an den Premierminister gehören der Bau von rund 200.000 Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren, Steuererhöhungen auf Kapital- und Gewinnsteuern und Eindämmung landwirtschaftlicher Subventionen. Weiterhin wurden neue soziale Transferleistungen wie die Ausweitung von kostenloser Erziehung ab dem dritten Lebensjahr und die Subventionierung von Schulbussen und der Transport an die Universitäten gefordert. Bei Umsetzung dieser Forderungen würde also mit großer Deutlichkeit die israelische Mittelschicht profitieren. Zur Finanzierung der Mehrkosten empfahl das Komitee unter anderem eine Reduzierung des Verteidigungshaushalts um umgerechnet 600 Mio. EUR.

Die Einsetzung von Komitees ist nicht nur in Israel eine beliebte Verlagerung von politischen Auseinandersetzungen in einen weniger verbindlichen Rahmen. Insofern hat auch die Regierung Netanyahu keine umfassende Bringschuld, auf die Forderungen zu reagieren, zumal Schass, Beitenu Yisrael und andere Koalitionspartner eine parlamentarische Debatte herauszögern. Alle Empfehlungen werden im parlamentarischen Diskurs Fürsprecher und Gegner erhalten, die Inhalt und Ausmaß der Forderungen wohl noch weiter abschleifen werden. Es wird bei einer anstehenden offiziellen Befassung der Empfehlungen von Interesse sein, welche parlamentarischen Kräfte den sozialpolitischen Forderungen der Protestbewegung Nachdruck geben

werden. Bis dato haben die Demonstranten erfolgreich eine Vereinnahmung durch etablierte Parteien abwehren können. Zur Erreichung von parlamentarischen Beschlüssen und Gesetzesänderungen ist eine solche Distanz jedoch zunehmend weniger hilfreich. Dennoch ist ein Oppositionskandidat, der die Forderungen der gebildeten Mittelschicht glaubhaft vertritt, nicht in Sicht.

Die soziale Protestbewegung erhielt inzwischen einen weiteren sichtbaren Gegenschlag: am 3. Oktober 2011 räumte die Stadtverwaltung Tel Aviv die Zeltstadt auf dem Rothschild-Boulevard in einer koordinierten Kommando-Aktion. Deren zwischenzeitlichen Bewohner, zumeist Obdachlose mit entsprechendem Begleitwerk, wurden am Morgen vertrieben. Am Abend flanierte Tel Aviv - am Ende eines heißen israelischen Sommers - wieder auf seiner zentralen Promenade in der Innenstadt.

2. Nach Anschlägen in Israel nehmen Beziehungen zu Ägypten Schaden

Zum ersten Mal seit Beginn des so genannten Arabischen Frühlings setzt am 18. August 2011 das Wechselspiel von Gewalt und Gegengewalt wieder ein. Der Nahostkonflikt tritt mit Anschlagsserien, Luftschlägen und Raketenbeschuss wieder zurück ins Bewusstsein des Landes.

Seit Jahresbeginn bleibt Israel - abgesehen von einem Bombenattentat kurz vor dem Jerusalem-Marathon und Unruhen am Nakba-Tag - weitgehend von terroristischen Anschlägen verschont. Vor dem Hintergrund des Regimewechsels in Ägypten und der andauernden Krise in Syrien richtet sich die Aufmerksamkeit auch in Israel vermehrt auf innere Angelegenheiten. Bestimmend ist hier der sozialpolitische Protest gegen zu hohe Lebenshaltungskosten. Der begonnene inner-israelische Diskurs über weitreichende sozialpolitische Fragen - bis hin zu Visionen zur künftigen Identität des Landes - versinkt dabei im Schatten des Nahost-Konflikts, besonders nachdem sich Regierung und Opposition einmütig für eine deutliche, also militärische Antwort gegen palästinensische Ziele im Gazastreifen aussprechen.

Urheber der Anschläge sind nach israelischer Lesart Einheiten der Popular Resistance Committees (PRC). Unabhängig von Hamas und Fatah operiert diese wenig strukturierte dritte Kraft gewaltsam gegen israelische Ziele. Bei Gegenschlägen tötet die israelische Armee nicht nur PRC-Führer sondern versehentlich auch fünf Angehörige der ägyptischen Grenztruppen. Dies führt zu massiven anti-israelischen Protesten in Kairo. Aus dem Gazastreifen ergeht parallel eine Serie von Raketen- und Mörserangriffen auf die israelischen Städte Beer Sheva, Aschdod und Aschkelon nieder. Vor diesen Angriffen fliehen nach Medienangaben am 19. und 20. August bis zu eine halbe Millionen Israelis in ihre Schutzunterkünfte.

Während Oppositionsführerin Tsipi Livni (Kadima) am 19. August eine Neuauflage der Operation „Vergossenes Blei“, also eine umfangreiche militärische Invasion des Gaza-Streifens, fordert, bemüht sich die Regierung Netanyahu unter erheblichem US-amerikanischen Druck um Entspannung. Netanyahu sieht keinen Grund für eine massive militärische Operation und auch Verteidigungsminister Barak bietet

umgehend eine offizielle Entschuldigung für den Kollateralschaden beim ägyptischen Nachbarn an. Auch Hamas distanziert sich von den Anschlägen der PRC und sorgt durch entsprechende Einflussnahme für Schadensbegrenzung.

Eskalierend wirkt dagegen die Forderung der ägyptischen Regierung nach einer Beteiligung an der offiziellen israelischen Untersuchung des Vorfalles. Die erwartungsgemäße Absage an das ägyptische Gesuch, an hoheitlichen Belangen Israels beteiligt zu werden, entfacht eine Diskussion über den Abzug von diplomatischem Personal. Als ein Mob am 9. September 2011 das israelische Botschaftsgebäude in Kairo stürmt, ist die Rückführung von Botschaftspersonal unvermeidbar.

Die ungewollte Internationalisierung des Konflikts gefährdet wichtige Bestandteile des dünnen Beziehungs-Geflechts Israels mit seinen nächstlichen Nachbarn. Während in Ägypten der ägyptisch-israelische Friedensvertrag öffentliche in Frage gestellt und mit einem erstürmten Botschaftsgebäude eindrucksvoll illustriert wird, nehmen auch die Beziehungen zu Jordanien und der Türkei Schaden. In Jordanien versammeln sich am 14. September 2011 anti-israelische Demonstranten vor der israelischen Botschaft, woraufhin Israel seinen Botschafter und weite Teile des Botschaftspersonals vorsorglich abzieht. Diese Entwicklung kann als Erfolg für diejenigen jordanischen Strömungen gelten, die einem Normalisierungsprozess entgegen stehen.

Im Falle der Türkei nehmen die bilateralen Beziehungen nach Veröffentlichung des Berichtes der Vereinten Nationen über die Erstürmung eines Schiffes der Gaza-Flotille Schaden. Dieser Bericht attestiert Israel zwar ein Recht auf eine Seeblockade, jedoch ebenso die Anwendung von „exzessiver Gewalt“ gegenüber Zivilisten. Die türkische Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung weist Israel kategorisch ab und nimmt dadurch Sanktionen der Türkei in Kauf. Das ehemals solide israelisch-türkische Verhältnis, das auf einen florierenden Handel, militärische Zusammenarbeit und Terrorismusbekämpfung zurückblicken kann, steht seitdem im Schatten von gegenseitigen Anschuldigungen beider Regierungen.

In Zeiten, in denen Israel internationale Unterstützung sucht, um eine palästinensische Vollmitgliedschaft bei der Vereinten Nationen zu verhindern, werden staatliche Partner in der unmittelbaren Nachbarschaft rar.

3. Palästinensischer Antrag auf Vollmitgliedschaft vorerst ohne Ergebnis

Bereits vor zwei Jahren verkündete der palästinensische Premierminister Fayyad auf der UN-Vollversammlung 2009 einen Plan zur Staatswerdung Palästinas. Der ökonomische und administrative Aufbau sollte mit internationaler Hilfe voran getrieben werden. Sollte bis zur Vollversammlung des laufenden Jahres kein Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina geschlossen worden sein, würde die Palästinensische Autonomiebehörde unilateral eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen beantragen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Anstrengungen zur Umsetzung des Fayyad-Plans durch den palästinensischen Präsident Mahmoud Abbas alles andere als überraschend. Den Antrag auf Aufnahme bei den Vereinten Nationen übergibt Abbas, da keine zwischenstaatliche Einigung vorliegt, nach seiner Rede am 23. September 2011 an UN-Generalsekretär Ban Ki-moon.

Umso überraschender erscheint eher die Hektik, die beide Seiten vor Einberufung der alljährlichen Generalversammlung auf internationaler Bühne entfachen. Spätestens seit das Leitmedium Haaretz über einen Drahtbericht des israelische UN-Botschafters Ron Prosor berichtet, der eine erforderliche Zweidrittelmehrheit bei für eine Aufnahme Palästinas als 194. Vollmitglied voraussagt, konzentriert sich Israel auf die Unterstützung durch die Vetomacht USA. Zwar ist für Israel nach eigenem Bekunden auch die Unterstützung durch eine „moralische Mehrheit“, also die Fürsprache von nicht weiter definierten einflussreichen, rechtsstaatlichen Demokratien, wichtig. Jedoch bearbeitet die israelische Außenpolitik zunehmend den UN-Sicherheitsrat, um eine mögliche Stimmenmehrheit für die Anerkennung Palästinas durch das Veto der USA zu relativieren.

Die UN-Generalversammlung 2011 bleibt jedoch lediglich eine Momentaufnahme und ein inzwischen vergangener Schritt in einem Prozess ohne Abschluss. Präsident Obama unterstreicht auf der Versammlung, dass die USA eine Aufnahme Palästinas ohne abschließende israelisch-palästinensischen Verhandlungen nicht billigen werden. Zwei Tage später bekräftigt Präsident Abbas den Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft Palästinas und illustriert den Antrag mit einer bildhaften Darstellung der alltäglichen Bürde durch die israelische Besatzungspolitik. Dabei stellt er heraus, dass vor allem die Siedlungspolitik Israels aus Sicht Palästinas das größte Hindernis für eine abschließende Einigung sein wird. Premierminister Netanyahu bemüht als Antwort das historische Recht der Juden auf das umstrittene Gebiet und warnt mit dem nationalsozialistischen Begriff „judenrein“ vor einer ethnischen Säuberung durch die Palästinenser.

Zur Entzerrung der festgefahrenen Lage schaltet sich das Nahost-Quartett mit einer Erklärung ein. In dieser wird die Aufnahme von Friedensverhandlungen innerhalb von einem Monat und substantielle Fortschritte bei den Verhandlungen innerhalb von drei Monaten gefordert. „Und 2012 sollten die Gespräche Ergebnisse bringen, auf die sich beide Seiten einigen und die zur Schaffung eines palästinensischen Staates führen“ (Erklärung des Nahost-Quartetts vom 23. September 2011).

Auch wenn beide Konfliktparteien die Erklärung des Nahost-Quartetts befürworten, bleiben die Reflexe auf beiden Seiten unilateral verhaftet. Präsident Abbas bekräftigt seine Forderung nach einer UN-Mitgliedschaft, sollten Fortschritte bei den Verhandlungen ausbleiben. Israels Regierung genehmigt kurz nach der Vollversammlung den Bau von 1.100 Wohnungen als Ausweitung der Siedlung Gilo in den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Leidensdruck, ernsthaft an den Verhandlungstisch zurückzukehren, scheint auf beiden Seiten offensichtlich noch sehr erträglich zu sein.

Richard Asbeck

Der Autor ist Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Jerusalem.

IMPRESSUM

Erstellt: 07..10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de